



Foto links: Demo gegen Trump vor San Francisco's Civic Center am 19.1.2025.
© BuddyL., CC BY-ND 2.0

Foto rechts: Demoteilnehmer*innen vor dem Kanzleramt beim Aufstand der Anständigen – Demo für die Brandmauer, Berlin, 02.02.2025,
© Stefan Müller, CC BY-NC 2.0

Rechtsruck in Europa und Amerika

Die Party der Rechten

Auch wenn es nach den Vorhersagen eigentlich schon vorher klar war: Der Schock nach den Wahlen sitzt tief. Mit kleinen Einsprengseln vor allem rund um Berlin ist die AfD in allen östlichen Bundesländern die stärkste Kraft bei den Erststimmen, und im Westen – mit ein paar Ausnahmen vor allem in großen Städten und in Niedersachsen – die CDU bzw. CSU.

Besonders traurig: Es ist nicht mehr die Ausländerfeindlichkeit und das Feindbild „Migrant*innen“, die die AfD von den größeren demokratischen Parteien unterscheidet. In den letzten beiden Monaten war erschreckend zu erleben, wie groß der Fremdenhass in Deutschland geworden ist. Der Höhepunkt dieser Entwicklung kam nach dem schrecklichen Messerattentat eines psychisch kranken Asylsuchenden auf eine Kindergartengruppe in Aschaffenburg. Es wurde nicht gefragt, ob nicht die fehlende medizinische Versorgung des Mannes mit verantwortlich war. Eine Frage, die auch in Bezug auf den Attentäter von Magdeburg gestellt werden konnte. Sondern die CDU/CSU stellten Ende Januar noch an den alten Bundestag drei Anträge, dauerhafte Grenzkontrollen einzurichten und ausnahmslos alle zurückzuweisen, die ohne gültige Papiere versuchen einzureisen. Abgelehnte Asylbewerber*innen sollten unmittelbar in Haft genommen werden können. Dass etliche Punkte mutmaßlich gegen verfassungs- und europäisches Recht verstoßen, stört sie nicht. Und es stört sie auch nicht, eine Mehrheit mit der AfD zu suchen – was ihnen bei dem ersten Antrag gelang, bei den beiden weiteren nicht, offenbar, weil sich zu viele aus ihren Reihen und der FDP einen ‚politischen Schnupfen‘ eingefangen hatten und der Abstimmung fern blieben.

Plötzlich sind die Zweifel da, ob die CDU/CSU nicht den „österreichischen Weg“ gehen und doch eine Koalition mit oder Duldung durch die AfD anstreben werden, falls es mit der einzigen anderen rechnerisch möglichen Koalition, der mit der SPD, nicht klappen sollte.

Ukraine-Krieg: Ja, aber nicht so

Trumps Bemühungen seit der Münchner Sicherheitskonferenz, einen „Friedensdeal“ mit Russland zu schließen, sind nur sehr oberflächlich gesehen das, was auch die Friedensbewegung fordert. Ja, es braucht Verhandlungen und so schnell wie möglich einen Waffenstillstand. Und ja, auch die Ukraine wird sich auf Kompromisse einlassen müssen, um das Sterben zu beenden. Aber kein Waffenstillstand hält, wenn er über die Köpfe der Betroffenen von Großmächten vereinbart wird. Und eine „Absicherung“ durch europäische Truppen klingt eher



Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
war bis Ende Februar 2025 Geschäftsführerin beim BSV und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im IFGK (www.ifgk.de).



Foto links: Kundgebung
und Menschenkette am
31.1.2025 in Hamburg
gegen die Zusammenarbeit
von CDU und AfD.
© Christine Schweitzer

Foto rechts: Menschenkette
am 31.1.2025 in Hamburg
gegen die Zusammenarbeit
von CDU und AfD vor der
Ruine der St. Nikolai-Kirche.
Sie ist Hamburgs zentraler
Erinnerungsort für die
Opfer von Krieg und
Gewaltherrschaft
© Christine Schweitzer

wie ein Rezept für noch mehr Aufträge für die Rüstungsindustrie, und ohne dass die Kriegsgefahr für Europa geringer würde. Was es wirklich braucht, ist ein Friedensprozess mit dem Ziel, zu gemeinsamer Sicherheit zurückzufinden, Kriegsursachen abzubauen, abzurüsten und Vertrauen wiederaufzubauen. Keine Präsidenten, die von vergangenen Imperien träumen oder sich die ukrainischen Rohstoffe sichern wollen.

Ein neues Kürzel erobert die Welt: „MAGA“ (Make America Great Again)

Nachrichten aus den USA erschüttern seit Trumps Amtsantritt jeden Tag aufs Neue, manche fühlen sich zunehmend an eine Kabarettsitzung erinnert, nur dass es leider Wirklichkeit ist und nicht Satire. Wissenschaftler*innen sprechen inzwischen von einem „administrativen Putsch“. Trump und seine Genossinnen und Genossen ignorieren Menschenrechte, Völkerrecht und die Klimakrise. Der Gazastreifen soll ethnisch gesäubert und die Bevölkerung in Drittländer umgesiedelt werden – eines der Verbrechen gegen die Menschheit, die die Vereinten Nationen zu sofortigem Handeln mobilisieren sollte. Außerdem droht Trump mit der Okkupation des Panamakanals und Grönlands. Klimakrise? Trump will aus dem Pariser Abkommen austreten und fossile Rohstoffe fördern und verlangt auch noch, dass die europäischen Staaten sie ihm abkaufen. Waldbrände, Dürre, Stürme in den USA? Trumps Antwort: Auflösung der nationalen Katastrophenhilfe, die Bundesstaaten sollten das alleine regeln. Pandemien? Gibt es nicht nach Meinung von Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr., deshalb treten die USA auch aus der WHO aus. Gesetz und (Menschen)recht: Unbekannt, stattdessen: Millionenfache Abschiebungen aus den USA. Wirtschaft: Strafzölle für alle, die nicht nach seiner Pfeife tanzen und „America First“ soll es möglich machen.

Millionen feiern die Rechten und ihre Erfolge - während andere Millionen vor Angst nicht mehr schlafen können – nicht nur in den USA, sondern auch in Europa.



Elternzeitvertretung

Unser Bildungsreferent im Projekt „Solidarität entdecken und leben“ geht vier Monate vor Projektende in die Elternzeit. Wir suchen deshalb für den Zeitraum von **Mitte Mai bis Ende August 2025** jemand, die oder der Lust hat, an Schulen in Nordrhein-Westfalen Bildungsarbeit zum Themenkomplex Klimawandel - Eine Welt - Konflikte zu machen und dabei hilft, das Projekt abzuschließen. Du solltest in oder in der Nähe von NRW ansässig sein und gerne mit Jugendlichen arbeiten.

Mehr Informationen zur Stellenausschreibung: <https://soziale-verteidigung.de/wp-content/uploads/2025/01/Stellenausschreibung-BildungsreferentIn-Elternzeit-2025.pdf>